

Das Phantom der Zivilgesellschaft

Die Förderung der Demokratie in Rußland ist komplett gescheitert. Das Gesetz gegen die NGOs wird diese Tatsache noch verstärken

von Sonja Margolina

Man könnte unendlich darüber streiten, ob es in Rußland eine Zivilgesellschaft gibt. Die einen glauben, es gäbe sie nicht, weil sie dem Autoritarismus und der Willkür staatlicher Stellen nichts entgegenzusetzen vermag. Die anderen sagen, es seien 450 000 NGOs registriert, die zusammen fast zwei Millionen Menschen beschäftigten, also sei die Zivilgesellschaft aktiv. Andererseits werden viele der NGOs, besonders diejenigen, die im Bereich der Menschenrechte und des Umweltschutzes tätig sind, fast ausschließlich aus dem Ausland unterstützt. Gäbe es diese finanziellen Quellen nicht, kämen die entsprechenden Aktivitäten zum Stillstand. Für die Präsidialadministration im Kreml, deren geheimdienstlicher Hintergrund einiges über die Mentalität der neuen "Sicherheitsoligarchie" aussagt, gleicht die ausländische Unterstützung einer subversiven Operation zur Unterwanderung Rußlands und zur Untergrabung seiner Souveränität.

Die NGOs sind in dieser Wahrnehmung dazu da, um "farbige Revolutionen" zu initiieren und Machtwechsel wie in der Ukraine oder Georgien herbeizuführen. Deshalb brachte das russische Parlament in aller Eile die Novellierung des Gesetzes über die nichtkommerziellen Organisationen ein, das in erster Lesung am 23. November fast einstimmig angenommen wurde. Träte es in Kraft, wäre dies das Aus für die Arbeit ausländischer Stiftungen in Rußland; auch für die NGOs, die auf Unterstützung aus dem Westen angewiesen sind. Wie immer in Rußland sind nicht so sehr die Buchstaben des Gesetzes entscheidend, sondern dessen Auslegung. Das Gesetz erweitert den "Ermessensspielraum" der Bürokratie und öffnet der Gängelung der Bürgerinitiativen sowie der Korruption Tür und Tor.

Als PR-Ersatz für unabhängige Bürgerinitiativen wurde beim Präsidialamt eine Zivilkammer aus machtkonformen Prominenten ins Leben gerufen. Zugleich betreibt die russische Regierung das, was sie sonst verboten wissen will: Eine halbe Milliarde Rubel wird 2006 für die Unterstützung loyaler NGOs im Ausland, etwa in der Ukraine, ausgegeben.

Daß das Parlament als die wichtigste Säule der Zivilgesellschaft zum Instrument von deren Zerstörung gemacht wird, spricht Bände über das "System Putin". Allerdings liegt die Züchtigung der NGOs in der Logik der "Machtvertikale", mit der die "Sicherheitsoligarchie" um Putin versucht, die Finanzströme und gesellschaftlichen Aktivitäten unter ihre Kontrolle zu bringen und die Möglichkeit eines Machtwechsels im Keim zu ersticken. Nach dem Erwürgen der politischen Parteien, der Korrumpierung der Judikative und der Gleichschaltung der Medien ist nun die schwache Pflanze der Zivilgesellschaft an der Reihe.

Erstaunlicherweise regte sich Protest nicht nur bei den russischen NGOs, sondern auch im amerikanischen Kongreß und in der EU. Schreiend laut war indes das Schweigen der deutschen Regierung, auch des Bundeskanzlers a. D., zur drohenden Vernichtung ihres langjährigen Beitrags zur Festigung der Zivilgesellschaft in Rußland. Freilich hat das Rätsel des deutsch-russischen Einvernehmens durch die Karriere des Altbundeskanzlers nun eine ziemlich profane Erklärung gefunden.

Jedenfalls entschied sich Putin im Blick auf die baldige Entscheidung zum WTO-Beitritt Rußlands und im Vorfeld des russischen G-8-Vorsitzes, das repressive Gesetz etwas abzumildern, und ließ einige Korrekturen vornehmen. Die Duma, die glaubte, sie habe der Zivilgesellschaft den vom Kreml bestellten Hieb korrekt versetzt, war düpiert. Für den Fall, daß die von Putin vorgeschlagenen Korrekturen bei der letzten Lesung berücksichtigt werden, würde die Tätigkeit ausländischer Stiftungen in Rußland vorerst gerettet. Doch schließt dies nicht aus, daß, ähnlich wie in der Wirtschaft, die Privilegien für Ausländer mit um so stärkeren Schikanen gegen einheimische Initiativen einhergehen. Jedenfalls war Putins Eingriff taktisch klug: Zu Weihnachten kehrt Ruhe ein, im neuen Jahr ist das

Problem vom Tisch. Man könnte sagen: Schade, denn die westlichen Partner brauchen auch weiter nicht den Sinn ihrer Tätigkeit in Rußland zu hinterfragen. Die Frage, ob die Kooperation mit dem Westen zur Verwurzelung der Zivilgesellschaft in Rußland beigetragen hat, bleibt im Raum stehen.

Seit mehr als 15 Jahren sind die westlichen Unterhändler - Berater, karitative Verbände, Stiftungen, Universitäts- und Städterepräsentanten - in Rußland tätig. Wie sie ihre jeweiligen Anliegen auch formuliert haben mochten, es ging dem Sieger im Kalten Krieg letztendlich um die Sicherung des Friedens, Modernisierung der politischen Institutionen und Entwicklung der Zivilgesellschaft in einem ehemals totalitären Land. Der Westen glaubte fest an dessen wenn auch langsamen, jedoch definitiven Übergang aus einer selbstverschuldeten Unmündigkeit zu einer modernen Demokratie. Dies mit dem "Know-how" und einer "Hilfe zur Selbsthilfe", mit der Kooperation in verschiedensten Bereichen zu beschleunigen schien die natürliche Aufgabe der westlichen Partner.

Deutschland fiel dabei eine gewollte Sonderrolle zu: Die Schuldgefühle gegenüber Rußland nach dem mörderischen Krieg und die Dankbarkeit für die Wiedervereinigung verpflichteten es zu einem ungemein starken Engagement in Rußland. Es gab hierzulande immer noch Überreste einer diffusen Empathie für die "russische Seele" und sonstiges romantisches Zeug. Außerdem bildeten sich die deutschen Intellektuellen ein, daß der Zusammenbruch der Sowjetunion eine Parallele mit dem Untergang des Dritten Reiches aufweise und Rußland deshalb ihre bewährten Rezepte des "Lernens aus der Geschichte" bitter nötig habe. Im Ergebnis wurden Tausende von NGOs, wissenschaftliche Projekte, Austausch- und Kulturprogramme ins Leben gerufen und von der öffentlichen Hand massiv unterstützt. Höhepunkt dieser Entwicklung war der 2001 gegründete "Petersburger Dialog", der unter der Schirmherrschaft von Putin und Schröder die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Rußland voranbringen sollte.

Es ist an der Zeit, sich einzugestehen, daß die Förderung der Demokratie in Rußland komplett gescheitert ist. Das Land wird immer autoritärer, die Situation der Menschenrechte und des Umweltschutzes verschlechtert sich zusehends. Die Tätigkeit der NGOs hat keinen Einfluß auf die politische Entwicklung in Rußland. Der sogenannte dritte Sektor fungiert eher als Ersatz für die nichtfunktionierenden und korrupten Institutionen und als Ventil für primäre politische Energien, die sich sonst in einem direkten Widerstand gegen das System entladen würden. Es scheint offensichtlich, daß all die vielfältigen aus dem Ausland unterstützten Aktivitäten keine tiefen Wurzeln in der Gesellschaft geschlagen haben und daß sie bislang nicht zu einem nennenswerten Wandel vom Untertanen zum Bürger beigetragen haben.

Das ändert nichts an der Tatsache, daß die NGOs, insbesondere diejenigen, die sich der humanitären und rechtlichen Probleme der Menschen angenommen hatten, so etwas wie Inseln der Menschlichkeit inmitten eines brutalen russischen Alltags waren und sind. Andererseits ermöglichten ausländische Programme nicht wenigen aktiven Jugendlichen aus der Provinz, Karriere zu machen: Nicht das Engagement für die "offene Gesellschaft", die dem Philanthropen George Soros vorschwebte, sondern der Aufstieg im bestehenden System ist oft das ernüchternde Ergebnis.

Ohne die Möglichkeit, vom Staat nicht genehmigte und nicht kontrollierte Beziehungen zu frei gewählten Partnern unterhalten zu können, würde jeder Kontakt schlicht auf eine Instrumentalisierung hinauslaufen. In diese Falle ist schon der "Petersburger Dialog" getappt, der vor kurzem das fünfte Mal in einer luxuriösen Residenz tagte, um über "aktuelle Themen der deutsch-russischen Beziehungen zu diskutieren". Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes könnte dem Gremium eine wichtige Aufgabe zukommen: für diejenigen deutschen Organisationen zu haften, denen in Rußland doch zugestanden wird, nichtpolitisch tätig zu werden. Die Musik wird vom Kreml bestellt, und die Deutschen zahlen. Es ist an der Zeit und es würde sich lohnen, die widersprüchlichen Erfahrungen des westlichen Engagements in Rußland ehrlich zu überdenken. Das Phantom der Zivilgesellschaft wartet auf seine Entzauberung.

Sonja Margolina, 1951 in Moskau geboren, studierte Biologie und Ökologie. Seit 1986 lebt sie als freie Publizistin in Berlin

Artikel erschienen am Sa, 17. Dezember 2005